

LANDTAG  
RHEINLAND-PFALZ



Marlies Kohnle-Gros, MdL

Stellvertretende Vorsitzende der  
CDU-Landtagsfraktion

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

19. Mai 2010

:

Sehr geehrte Damen und Herren Fraktionsvorsitzende,

die Arbeitsgruppe Medien der Großen Fraktionsvorsitzendenkonferenz hat sich anlässlich der Zusammenkunft am 10. Mai 2010 in Frankfurt intensiv mit dem vorliegenden Entwurf eines 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrages zum Jugendmedienschutz befasst.

Wir sind gemeinsam der Auffassung, dass der Jugendmedienschutz insbesondere für den Bereich des Internets einer Konkretisierung bedarf. Wie bei allen gesetzlichen Regelungen wird die Umsetzung und Durchsetzbarkeit neuer gesetzlicher Regelungen ganz besonders zu berücksichtigen sein. Wir müssen vermeiden, Erwartungen zu wecken, die sich schon heute ersichtlich nicht erfüllen lassen. Der aktuell vorliegende Entwurf des Staatsvertrages hat genau hier seine größten Schwachstellen.

Es zeigt sich, dass für einen effizienten Jugendmedienschutz zunächst eine fundierte Debatte erforderlich ist, bei welcher Fachleute einzubeziehen sind. Die vom Bundestag eingesetzte Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ wird sich auch mit dem Jugendmedienschutz befassen. Dieses Gremium könnte deshalb wichtige Hinweise für einen effizienten Jugendmedienschutz, aber auch ggf. neue Ansätze für eine Verbesserung der Medienkompetenz im Internet liefern.

Wir appellieren an die CDU/CSU-Fraktionen mitzuhelfen, dass es einen neuen Anlauf für eine wirksame gesetzliche Konkretisierung des Jugendmedienschutzes gibt. Der aktuelle Entwurf des 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrages sollte deshalb zurückgestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Marlies Kohnle-Gros  
Vorsitzende der AG Medien  
der Großen Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU/CSU

